



Europäische  
Kommission



Peer Review zu  
Sozialschutz und  
sozialer Eingliederung  
2012

# Sozialwirtschaft:

Fundamente für innovative Antworten auf  
Gegenwartsprobleme

**KURZBERICHT**

Frankreich, 10.-11. Dezember 2012

Soziales Europa

Veröffentlichung erstellt im Auftrag der Europäischen Kommission von



© Umschlagbild: Europäische Union

Weder die Europäische Kommission noch Personen, die in ihrem Namen handeln, sind für die Verwendung der in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen verantwortlich.

Weitere Informationen zu den Peer Reviews finden Sie unter:  
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1023&langId=de>

© Europäische Union, 2012  
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

## Peer Review: Sozialwirtschaft – Fundamente für innovative Antworten auf Gegenwartsprobleme

Diese Peer Review fand am 10.-11. Dezember 2012 in Paris statt und wurde von der französischen Generaldirektion für sozialen Zusammenhalt veranstaltet. Neben dem Gastgeberland nahmen zehn Peer-Länder teil: Bulgarien, Deutschland, Griechenland, Malta, die Niederlande, Rumänien, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern. Außerdem waren die Interessengruppen Eurodiaconia und FEANTSA sowie die Europäische Kommission (GD EMPL) beteiligt.

### 1. Vorgestellte Politikmaßnahmen

Die **Sozial- und Solidarwirtschaft** Frankreichs ist stark entwickelt und zählt an die **2,3 Mio. Beschäftigte**. Auf den Sektor entfallen insgesamt **knapp 10 % des französischen BIP** sowie **mehr als 13,3 % aller Privatangestellten**. Mit seinen Schwerpunktgebieten **soziale Aktivitäten, Dienstleistungen, Finanzaktivitäten und Bildung** zählt der Sektor zu den dynamischsten Komponenten der französischen Wirtschaft. 2008/09 beispielsweise verbuchte er ein Wachstum von 2,9 % und die Schaffung von über 60.000 bezahlten Arbeitsplätzen. Der übrige Privatsektor musste im selben Zeitraum ein Negativwachstum von 1,6 %, der öffentliche Sektor gar um 4,2 % hinnehmen.

Im Mai 2012 wurde ein **Ministerium für Solidarwirtschaft** ins Leben gerufen, als Zeichen der Bemühungen der französischen Regierung, die **Sozialwirtschaft zugunsten der sozialen Kohäsion zur Geltung zu bringen** und gleichzeitig **Beschäftigung und Wachstum anzukurbeln**. Das Politikinstrumentarium greift auf Erfahrungswerte aus mehreren Regierungsinstanzen zurück.

Die Sozial- und Solidarwirtschaft Frankreichs ist im europäischen Vergleich überaus weit gediehen und institutionell fest verankert. Nichtsdestotrotz stellen sich gegenwärtig drei wesentliche **Herausforderungen**:

- Das **Wissen um die Spezifika des Sektors sowie deren Ankererkennung** seitens der Behörden und anderer Wirtschaftsakteurinnen und -akteure muss **verstärkt** werden.
- **Erneuerung der Beschäftigtengeneration:** Bis 2020 erreichen 600.000 Erwerbstätige dieses Sektors das Renteneintrittsalter.
- **Anpassung des Rechts- und Finanzrahmens**, um in Zeiten **wirtschaftlicher Anspannung** den Ausbau des Sektors zu sichern.

Es stehen **Gesetzesmaßnahmen** in Ausarbeitung, um diesen Herausforderungen beizukommen.

- **Mehr Anerkennung für die Sozialwirtschaft**, allen voran durch die Aufnahme sozialwirtschaftlicher Module in Lehrpläne, die Förderung einer Nationalen Beobachtungsstelle für Sozialwirtschaft (u. a. Datenerfassung zu arbeitsmarktrelevanten Aspekten) und die Erstellung eines nationalen Berichts über die Wirtschaftsaktivitäten von Vereinen.
- **Strukturierung der Sozialwirtschaft in der öffentlichen Politik:** Stärkung der Rolle des Obersten Rates für Sozialwirtschaft (Konsultationsgremium für sozialwirtschaftliche Akteurinnen/Akteure und die Regierung) und Begriffsbestimmung zur „sozialen Innovation“, um die Ausrichtung der Politikinterventionen zur Finanzierung der Sozialwirtschaft zu ermöglichen.

- **Unterstützung für den Ausbau der Sozialwirtschaft:** Hilfe bei Ausarbeitung und Finanzierungen von Projekten über eine öffentliche Investitionsbank (zweckgebundene Mittel für die Sozialwirtschaft). Im Rahmen des „Programms für Zukunftsinvestitionen“ ist ein Budget von EUR 100 Mio. für die Förderung sozialwirtschaftlicher Unternehmen vorgesehen.

Von besonderem Innovationsgehalt sind zwei Formen von **Sozialgenossenschaften**, die in den letzten zehn Jahren in Frankreich entstanden sind. Die *Société Coopérative d'Intérêt Collectif* (SCIC; „genossenschaftliche Gesellschaft von kollektivem Interesse“) zeichnet sich durch vielfältige Partnerschaftsstrukturen und die Vertretung von Begünstigten und Beschäftigten aus. Lokale Gebietskörperschaften haben die Möglichkeit, sich am Kapital sowie am Entscheidungsprozess von SCIC zu beteiligen. Die *Coopérative d'Activités et d'Emploi* (CAE; „Genossenschaft für Wirtschaft und Beschäftigung“) bietet Privatpersonen die Möglichkeit, mit dem Status „unselbständiger UnternehmerInnen“ Produkte und Dienstleistungen auf die Probe zu stellen (Aufrechterhaltung des Sozialversicherungsschutzes wie für unselbständig Beschäftigte).

## 2. Zentrale Diskussionspunkte des Seminars

Die französische Politik auf dem Gebiet der Sozial- und Solidarwirtschaft stimmt weitgehend mit den einschlägigen Maßnahmen der EU überein (siehe Abschnitt 4). Insofern steht diese Peer Review in einem breiteren europäischen Kontext. Die Diskussion befasste sich vor allem mit folgenden Fragen:

- Welche Maßnahmen erweisen sich für die **Gründung und Entwicklung von Sozialunternehmen** als besonders wirksam?
- Wie lässt sich eine **bessere Anerkennung von Sozialunternehmen** herbeiführen (etwa durch Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie nationale/europäische Beobachtungsstellen)?
- Wie können die **Herausforderungen für die zukünftige Entwicklung von Sozialunternehmen** am ehesten bewältigt werden?

Ein Besuch der **Coopaname**, einer CAE (Genossenschaft für Wirtschaft und Beschäftigung) in Paris, vermittelte Praxiseinblicke in die französische Politik. Die Gespräche konzentrierten sich dabei auf **neue Unternehmensmodelle** und deren **Beitrag zur Beschäftigungspolitik**, aber auch auf damit zusammenhängende **Herausforderungen im Unternehmensalltag**.

## 3. Schlussfolgerungen

- **Sozialwirtschaftliche Unternehmen haben eine Rechenschaftspflicht sowohl gegenüber Anspruchsgruppen als auch der Gesellschaft.** Eine allgemeine Kenntnis dieses Umstands würde ihrem Image zugute kommen.
- Es ist erforderlich, die Sozialwirtschaft **enger mit den EU-Strategien in den Bereichen Beschäftigung und soziale Innovation zu verknüpfen.**
- Die **Ausgangssituation** des sozialwirtschaftlichen Sektors ist **in Europa unterschiedlich gelagert.** Je nach Staat ist er bereits weit gediehen oder eben erst im Entstehen begriffen; in manchen Staaten gibt es zwar einen soliden gemeinnützigen Sektor, doch bislang ohne erkennbare Ausrichtung auf ein sozialwirtschaftliches UnternehmerInnentum. Die historischen Wurzeln der Sozialwirtschaft sind länderspezifisch ausgeprägt. Die europäische Herangehensweise an diesen Sektor muss einerseits **nationale Besonderheiten erhalten** und andererseits **geeigneten bewährten Verfahren** zum Durchbruch

verhelfen. Die tatsächliche Übertragbarkeit der jeweiligen Ansätze ist gründlich zu prüfen.

Die **Definition** des sozialwirtschaftlichen Unternehmens ist europaweit – und mitunter sogar innerhalb eines Staates – uneinheitlich. Dies stellt für begünstigende Maßnahmen auf europäischer Ebene mitunter ein Hindernis dar, weshalb angeregt wurde, die EU-Standardkriterien für die gemeinsamen Merkmale heranzuziehen.<sup>1</sup> Im Rahmen der Initiative für soziales UnternehmerInnentum bezieht sich die Europäische Kommission auf Unternehmen

- für die das soziale oder gesellschaftliche gemeinnützige Ziel Sinn und Zweck ihrer Geschäftstätigkeit darstellt, was sich oft in einem hohen Maße an sozialer Innovation äußert,
  - deren Gewinne größtenteils wieder investiert werden, um dieses soziale Ziel zu erreichen
  - und deren Organisationsstruktur oder Eigentumsverhältnisse dieses Ziel widerspiegeln, da sie auf Prinzipien der Mitbestimmung oder Beschäftigtenbeteiligung basieren oder auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sind.
- Detaillierte Definitionen, die von TeilnehmerInnen empfohlen wurden, sind etwa jene des europäischen Forschungsnetzwerks EMES für Sozialunternehmen.<sup>2</sup>
  - In Europa setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, dass ein **Rahmensystem** errichtet werden muss, das Sozialunternehmen alle nötigen Elemente bietet, um sich entfalten zu können. Denkbar sind etwa **Gründungszentren, Kurse, diverse Finanzierungspakete** und die **Förderung der Sozialwirtschaft durch Bildung und soziales Marketing**. Es wurde aber auch ins Treffen geführt, dass die Sozialwirtschaft einen vollwertigen **dritten Sektor** darstellt, der dem privaten und öffentlichen Sektor gleichgestellt werden muss.
  - Die Erlangung von **Förderungen** ist für sozialwirtschaftliche UnternehmerInnen in manchen EU-Staaten ein schwieriges Unterfangen. Die Wirtschaftskrise hat das Problem weiter verschärft. Vor allem Banken stehen neuen Kreditvergaben zusehends negativ gegenüber. Ein möglicher Ausweg ist die Gründung einer **sozialen Investitionsbank**, die mit Geldern aus langjährig unbeanspruchten Bankkonten gespeist werden könnte. Diese Lösung wurde etwa im Vereinigten Königreich gewählt; die entsprechenden Gelder wurden durch beträchtliche Beiträge der Großbanken ergänzt. Fremdfinanzierung durch eine anonyme Masse von KapitalgeberInnen (**Crowdfunding**; meist über das Internet) ist ebenfalls eine potentiell vielversprechende Finanzierungsoption für die Sozialwirtschaft. **myc4**, eine in Dänemark entwickelte, Internet-basierte Initiative für soziale Investitionen zugunsten von Kleinbetrieben in Afrika, könnte als Vorbild dienen.
  - In der Gründungsphase von Sozialunternehmen werden zumeist **Subventionen** benötigt. In manchen Fällen besteht dieser Bedarf während der gesamten Existenz der Unternehmen (Unterstützung für Personen mit dauerhaften Benachteiligungen/Behinderungen); oft kommen jedoch nur kurzzeitige Maßnahmen zum Zug.
  - Die meisten sozialwirtschaftlichen Initiativen stützen sich auf den **Europäischen Sozialfonds**. Dies ruft möglicherweise **wettbewerbsbezogene** Befürchtungen hervor; es ist u. U. angebracht, eine **flexiblere Palette an**

<sup>1</sup> Siehe auf: <http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/promoting-entrepreneurship/social-economy/>

<sup>2</sup> Vgl. [www.emes.net](http://www.emes.net)

**Unterstützungspolitiken und Finanzierungspaketen** sowie geeignete Ausrichtungen zu entwickeln.

- Zu den **institutionellen Maßnahmen**, die für die Begünstigung der Sozialwirtschaft benötigt werden, zählen auch die **Politikabstimmung zwischen betroffenen Ministerien** und einschlägige **Weiterbildungen für ministerielle Beschäftigte**.
- **Gesetzesinstrumente** haben wesentlich zur Entwicklung des sozialwirtschaftlichen Unternehmenswesens in Europa beigetragen. Sie machen innovative soziale Unternehmensführung sichtbar und bilden eine Grundlage für die Institutionalisierung von Politiken; ferner stellen sie die Sozialwirtschaft als „Marke“ heraus, die die öffentliche Wahrnehmung verstärken kann. Die Gesetzgebung muss den Sektor auch dabei unterstützen, mit neuen Entwicklungen und veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Schritt zu halten.
- Wenn eine nachhaltige Aktion jedoch ausbleibt, leisten gesetzliche Maßnahmen für sich allein genommen nicht mehr als eine Starthilfe. Der **Nachwuchs an sozialwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmern** muss gesichert sein; SteuerberaterInnen und Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte müssen laufend über die Möglichkeiten informiert werden, die sich aus der Gesetzgebung über Sozialunternehmen ergeben.
- **Mitbestimmung** und das **gemeinsame Lernen unter Führungskräften über bewährte Verfahren** sind wesentliche Aspekte von Sozialunternehmen. Die Pflege der sozialwirtschaftlichen Werte ist eine konstante Herausforderung, auch in Ländern, wo dieser Sektor vergleichsweise weit gediehen ist; der Grund ist die Beschaffenheit des Arbeitsmarktes hinsichtlich der berufs- und führungsrelevanten Merkmale.
- Der Isolierung und Aufsplitterung von Sozialunternehmen kann mit **Vernetzungsinitiativen** begegnet werden. Diese müssen neben den UnternehmerInnen selbst auch externe Anspruchsgruppen, das Personal, die KundInnen, lokale Gebietskörperschaften, Vereine und Gewerkschaften einbeziehen.
- **Genossenschaften** gelten in vielen Staaten als wichtiger Bestandteil der Sozialwirtschaft und haben ein entsprechendes Wertegerüst. In Teilen Osteuropas haftet ihnen aus der Vergangenheit jedoch ein eher schlechter Ruf an. Internationale Partnerschaften können die Umstrukturierung und strategische Neuausrichtung betroffener Genossenschaften begünstigen, damit diese Organisationen ihre soziale Wirksamkeit erhöhen und die Mitbestimmung der Mitglieder stärken.
- Das EU-Konzept der **Anerkennung von Fertigkeiten und Kompetenzen** – über rein formale Qualifikationen hinausgehend – könnte auch der Sozialwirtschaft zugute kommen, wenn es um die Anwerbung neuer Beschäftigter geht. In Lehrplänen vorgesehene **Engagement von Schulen und Hochschulen in Genossenschaften** ist in dieser Hinsicht möglicherweise ebenfalls sinnvoll. Ebenso könnten junge Menschen bei der Gründung von Genossenschaften in ihrer Schule/Universität unterstützt werden.
- **Forschungsarbeit**, beispielsweise über Beobachtungsstellen, hat eine wichtige Funktion für die Erfassung von Daten, die als Informationsgrundlage für die Politik dienen können. Das Datenmaterial muss auch auf qualitative Aspekte Bezug nehmen und den **Mehrwert der Sozialwirtschaft** anschaulich machen. Es gilt, zweckmäßige **Messgrößen** zu entwickeln, die für kleinere Organisationen geeignet sind. Es bedarf einer **regelmäßigeren Berichterstattung zu sozialen Indikatoren**, und die **Initiative „Mehr als BIP“** der Kommission muss



fortgesetzt werden. **Regionale Daten** und **wissenschaftliche Beratungsgremien** sind mögliche Qualitätsgarantien.

- Es können Techniken des **sozialen Marketings** genutzt werden, um die Besonderheiten des Sektors ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Denkbar sind Erfahrungsberichte, Wettbewerbe, Preisauszeichnungen für das beste Sozialunternehmen, Fallstudien über beispielhafte Leistungen, die Mitwirkung bekannter Persönlichkeiten, der gekonnte Einsatz von Massen- und sozialen Medien, die Einrichtung von Netzwerken aus ForscherInnen und „BotschafterInnen“ sowie soziale Gütezeichen.
- Die Prägung eines entsprechenden UnternehmerInnengeistes, die öffentliche Aufklärung über die Stärken der Sozialwirtschaft, die Überwindung rechtlicher und steuerlicher Hürden und die Sicherstellung eines reibungslosen Zugangs zu KMU-Hilfsstrukturen für Sozialunternehmen sind **Voraussetzungen für die Entfaltung des sozialwirtschaftlichen Sektors**. Es ist wesentlich, dass er von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen getragen und kontrolliert wird, in einem **von der Basis ausgehenden** Sozialwirtschaftskonzept. Begleitend können **„Top-down“-Fördermaßnahmen erfolgen**, eine staatliche Kontrolle des Sektors ist indes zu vermeiden.

#### 4. Bezug und Beitrag der Peer Review zu Europa 2020

Die Sozialwirtschaft ist in ganz Europa eine treibende Kraft für **soziale Innovation** und bringt **bessere soziale Resultate** hervor. Sie besitzt damit eine große Bedeutung für die Strategie Europa 2020, die auf ein **intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum** sowie die Förderung von **Beschäftigung, Produktivität und sozialer Kohäsion** abzielt.

Mit den in **Europa 2020** enthaltenen **Leitinitiativen „Innovationsunion“ und „Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“** wird soziale Innovation zu einem vordringlichen Anliegen.

An die **zwei Millionen europäische Unternehmen** (10 % sämtlicher Betriebe) sind im Bereich der Sozialwirtschaft angesiedelt. Sie haben sich als besonders **krisenresistent** erwiesen. Im Zeitraum zwischen 2002/03 und 2009/10 ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Sozialwirtschaft **von 11 auf 14,5 Millionen** gestiegen (6,5 % aller Beschäftigten in der Union). Der Sektor agiert richtungweisend in der **Schaffung neuer Märkte und Arbeitsplätze** und leistet einen maßgeblichen Beitrag zum **europäischen Sozialmodell**. Die Aktivitäten der europäischen Sozialwirtschaft reichen vom Gesundheitswesen und der Integration durch den Kontakt mit Arbeit über Kultur, Bildung, lebensbegleitendes Lernen, Umweltschutz und IT bis hin zu Fairem Handel, Tourismus und Gemeinwesenentwicklung. Der Sektor bringt die **nachhaltige Entwicklung** und die **soziale Kohäsion** voran, beides zentrale Zielsetzungen der Strategie Europa 2020.

Die bereits vorhandenen, nachdrücklichen Bemühungen der EU zugunsten der Sozialwirtschaft dürften im Zuge von Europa 2020 weiter verstärkt werden. Die europäischen Maßnahmen im Überblick:

- Die seit 2011 laufende **Initiative für soziales UnternehmerInnentum** ist ein Aktionsplan auf EU-Ebene, der Sozialunternehmen beim Zugang zu Finanzierungen unterstützen, ihre Sichtbarkeit verstärken und den entsprechenden Rechtsrahmen verbessern soll.
- Der **Europäische Sozialfonds** fungiert nunmehr seit über 50 Jahren als Unterstützungsinstrument zugunsten der Sozialwirtschaft. Zwischen 2007 und 2013 werden insgesamt 6 Mrd. EUR für sozial innovative Konzepte ausgeschüttet

(soziale Eingliederung, integrationsfördernde Beschäftigung, allgemeine und berufliche Bildung). Im Neuentwurf der Bestimmungen für den Europäischen Sozialfonds wird angeregt, soziale Innovationen und grenzüberschreitende Kooperationen mit höheren Kofinanzierungsraten zu begünstigen. Er enthält überdies eine neue spezifische Investitionspriorität für die Sozialwirtschaft. Die **Initiative „Chancen für junge Menschen“** (2012/13) fördert die Jugendbeschäftigung über einen verstärkten Rückgriff auf den ESF „zur Unterstützung von jungen UnternehmensgründerInnen und SozialunternehmerInnen“.

- Der Vorschlag zum **Programm für sozialen Wandel und soziale Innovation**, das auf drei bestehenden Instrumenten aufbaut, stellt ein Budget von knapp 960 Mio. EUR für eine Periode von sechs Jahren in Aussicht. Der Programmmentwurf sieht 60 % dieser Budgetmittel für das Unterprogramm Progress vor: mindestens 17 % davon sind für die Förderung der sozialen Erprobung vorgesehen<sup>3</sup>.

---

<sup>3</sup> <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0609:FIN:DE:PDF>.